

Wollen die Europäer wirklich kalt duschen, nur um "Putin eins auszuwischen"?

25 Apr. 2022 06:45 Uhr

Von den EU-Bürgern werden große Opfer gefordert, um damit ein Sanktionsregime gegen Moskau wegen seiner Militäroffensive in der Ukraine zu unterstützen. Aber wie lange werden westliche Verbraucher bereit sein, auf den gewohnten Komfort zu verzichten?



Quelle: Gettyimages.ru © vid64

Ein Kommentar von Robert Bridge

Was für einen Unterschied ein paar Monate ausmachen können. Vor nicht allzu langer Zeit hatten Moskau und Berlin den Champagner bereits kalt gestellt, in Erwartung der Einweihungszeremonie für Nord Stream 2, einer 1.234 km langen Pipeline, die sich von Russland nach Deutschland erstreckt und Europa jahrzehntelang mit Gas versorgt hätte. Jetzt raten EU-Offizielle ihren Bürgern, ihre Zeit unter der Dusche zu verkürzen und in wollene Pullover zu investieren, nachdem die Forderungen nach einer Abkopplung von der russischen Energieversorgung immer lauter werden.

"Alle fragen sich: Was kann ich beitragen", bemerkte Margrethe Vestager, EU-Kommissarin für Wettbewerb. "Man kann zwei Dinge tun", empfahl sie. "Verkürzen Sie die eigene Duschzeit und die der Teenager im Haushalt. Und wenn Sie das Wasser abdrehen, dann sagen Sie: 'Nimm das, Putin!'"

Peter Hauk, Landwirtschaftsdezernent des Landes Baden-Württemberg, dürfte mit einem ebenso verblüffenden Vorschlag die Preise am Markt für Wolle in die Höhe getrieben haben. "Wir müssen Putins Geldhahn schließen", forderte Hauk. "Das bedeutet, dass wir auch die Gas- und Ölhähne zudrehen müssen, damit die Freiheit in Europa eine Chance hat. 15 Grad Celsius hält man im Winter in einem Pullover aus. Niemand stirbt daran!"

Wenn Hauk nicht auf Kreta überwintert, ist es ein erstaunlicher Sprung in der Logik, zu glauben, dass "das Abstellen von Gas und Öl" irgendeinen Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der "Freiheit in Europa" hat. Und "Niemand stirbt daran!" klingt wie eine gute Inschrift für den Grabstein einer politischen Karriere, die bei diesem Tempo vielleicht eher früher als später gemeißelt werden muss. Aber ich schweife ab.

Nach diesen goldenen Nuggets der Weisheiten aus den Schatullen der EU, war das Geheul, das aus dem Kreml kam, kein Wehklagen, das versichere ich Ihnen. Was die westliche "Cancel Culture" nicht versteht, ist, dass russisches Gas und Öl mächtigen Flüssen gleichen, die in viele Richtungen fließen, nicht nur in Richtung Westen. Und während Moskau es nicht eilig hat, seine europäischen Kunden zu verlieren, und wie die Vergangenheit beweist, diese selbst in den dunkelsten Momenten des Kalten Krieges nie ohne Energie dastehen zu lassen, stehen Russland andere Optionen offen, um seine Energie abzusetzen. Der Europäischen Union hingegen nicht, zumindest noch nicht.

Martin Brudermüller, Vorstandsvorsitzender der BASF SE, des weltgrößten Chemieproduzenten, versuchte diese schmerzhaft Wahrheit seinen Landsleuten so sanft wie möglich beizubringen, indem er einräumte, dass "russische Gaslieferungen bisher die Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie waren." Und sollte sich Europa für Lieferungen von Flüssiggas aus den USA entscheiden – praktisch ein Luxusartikel, den Washington den Europäern fast so rigoros aufdrängt wie exorbitant teure Waffensysteme –, wird dies in Form von deutlich höheren Energiepreisen eine "Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie", ergänzte Brudermüller.

Um es weniger geschönt auszudrücken: Die Unterbrechung der russischen Energieversorgung könnte eine Katastrophe für die europäische Wirtschaft und die geschätzten 440 Millionen Europäer bedeuten, deren Wohlergehen oder zumindest Lebensstandard davon abhängt. Doch das scheint Brüssel nicht davon abzuhalten, seine antirussische Rhetorik noch weiter zu verschärfen.

Das wurde diese Woche deutlich, als EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Einsatz bei den Sanktionen erhöhte, als sie [ankündigte](#), dass die EU vorschlägt, Kohleimporte aus Russland sowie die Einreise der meisten russischen Lastwagen und das Einfahren russischer Schiffe in europäische Häfen zu verbieten. Man kann wohl mit Sicherheit sagen, dass von der Leyen sich darüber im Klaren ist, dass Russland etwa die Hälfte des Bedarfs an Kohle der EU deckt, die zum Befeuern ihrer Kraftwerke verwendet wird, mit denen wiederum Millionen von energiesüchtigen Bürgern mit lebenswichtigem Strom versorgt werden. Diese jüngst vorgeschlagenen Sanktionen beruhen angeblich auf der unbewiesenen Behauptung, russische Streitkräfte hätten in der ukrainischen Stadt Butscha Gräueltaten begangen.

Moskau hat diese verdammenden Anschuldigungen vehement zurückgewiesen und stattdessen die ukrainische Seite beschuldigt, eine Operation unter falscher Flagge durchgeführt zu haben, um den russischen Streitkräften dieses Verbrechen anzuhängen. In Anbetracht der Schwere der Behauptungen und der verhängnisvollen Folgen, die sich daraus ergeben können, sollten die EU und die USA auf eine vollständige Untersuchung der Umstände drängen, bevor irgendeiner Seite die Schuld zugeschrieben wird. Stattdessen wurde Russland erneut umgehend eines Verbrechens für schuldig befunden, ohne dass ein Untersuchungsverfahren eingeleitet wurde.

Es müsste jedem klar sein, dass wir uns in einer sich rasch verschlechternden politischen Situation befinden, die weitaus schlimmere Folgen haben kann, als gezwungen zu sein, im Winter einen zusätzlichen Pullover zu tragen. Wir sprechen über die Möglichkeit sehr realer Konsequenzen, wo es um

Leben und Tod gehen wird, wenn die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen weiter zusammenbrechen. Ein harter Winter auf dem Kontinent, ohne russisches Gas und Öl, könnte für Millionen von Menschen in eine Katastrophe münden. Ein Jahr ohne angemessene Getreideernte könnte zu einer schweren Nahrungsmittelkrise führen. Ein Geschäftsquartal ohne ausreichende Energieversorgung zur Deckung des Bedarfs könnte das Ende der Weltwirtschaft, wie wir sie kennen, bedeuten. Wenngleich die Jünger von Klaus Schwab beim Weltwirtschaftsforum eine [dystopische](#) "Du wirst nichts besitzen und glücklich sein"-Zukunft für erstrebenswert halten, werden Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt dies wahrscheinlich nicht tun.

Unterdessen scheint die Biden-Regierung auf der anderen Seite des Atlantiks ebenso bereit zu sein, die Ernährungs- und Energiesicherheit zu riskieren, indem sie an ihren antirussischen Sanktionswaffen festhält.

"Es wird real", [dröhnte](#) Biden letzten Monat in Brüssel, wo er über die drohende Nahrungsmittelknappheit sprach, insbesondere bei Weizen, von dem ein Großteil – Sie erraten es – aus Russland kommt. Er sagte:

"Der Preis der Sanktionen wird nicht nur Russland auferlegt. Es wird auch sehr vielen anderen Ländern auferlegt, einschließlich europäischen Ländern und auch unserem Land."

Hierbei ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass der Zusammenbruch der globalen Lieferketten bereits vor den Ereignissen in der Ukraine [begonnen](#) hat. Dank des massiven Pfuschs der Biden-Regierung während der COVID-Pandemie, bei der jedem, der noch einen Pulsschlag hatte, strengste Einschränkungen auferlegt wurden, mussten die amerikanischen Verbraucher schockiert zusehen, wie sich in den Geschäften die Regale leerten, während sich gleichzeitig aber dutzende Frachtschiffe vor der US-Küste stauten und vor Anker lagen.

Washingtons Missmanagement bei der Energieversorgung der USA ist nicht weniger seltsam. Im vergangenen Monat unterzeichnete Biden eine [Verordnung](#), die den Import von russischem Öl, verflüssigtem Erdgas und Kohle in die Vereinigten Staaten verbietet. Man würde natürlich annehmen wollen, dass die politischen Entscheidungsträger in Washington eine Art Notfallplan bereithalten; vielleicht ja die Wiederaufnahme der Erweiterung der Keystone XL-Pipeline, ein Projekt von Donald Trump, das die ausfallenden russischen Liefermengen mehr als ersetzen könnte – nun, man würde mit dieser Annahme falsch liegen.

"Die Biden-Regierung sucht nach Wegen, wie man die Ölimporte aus Kanada ankurbeln kann – aber mit einem großen Vorbehalt", [berichtete](#) das *Wall Street Journal*. Und weiter:

"Sie wollen die Keystone-XL-Pipeline nicht wiederbeleben, die Präsident Biden an seinem ersten Tag im Amt effektiv gestoppt hat."

Das ist ein bisschen so, als würde man sagen: Washington will die illegale Migration stoppen, aber ohne die Trump-Mauer.

Während Brüssel und Washington mit Russland in einem Spiel der Sanktionen verwickelt bleiben, und abwarten, wer zuerst blinzelt, muss man sich fragen, wie lange die westlichen Verbraucher diese Opfer tolerieren werden, zu denen man sie bereits gezwungen hat. Die Unterbeweisstellung der eigenen

Tugendhaftigkeit, indem man Russland trotz, wird im Winter weder ein Haus heizen noch warmes Essen auf den Tisch bringen.

Diese Bereitschaft, sein eigenes Volk zu peinigen, mit einem Sanktionsregime, das so bösartig ist, dass es sogar den Globalismus gefährdet, ist etwas, das dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht entgangen ist:

"Das ist eine Art umgekehrter Populismus: Die Menschen werden aufgefordert, weniger zu essen, sich wärmer anzuziehen, um Heizkosten zu sparen, auf Reisen zu verzichten – all dies angeblich zugunsten einer abstrakten nordatlantischen Solidarität."

Putin betonte, dass eine solche "Solidarität" das Potenzial habe, "die Weltwirtschaft in eine tiefe Krise zu stürzen", und sogar einige der ärmsten Länder in den Hunger zu treiben. "Natürlich stellt sich die Frage: Wer ist dafür verantwortlich?", fragte sich der russische Präsident.

Und das ist eine Frage, die viele im Westen in nicht allzu ferner Zukunft ihre Regierungen fragen könnten, sollten sie sich nach Jahrzehnten des Überflusses im Konsum plötzlich unterernährt fühlen. Nur dass sie dieses Mal möglicherweise viel weniger bereit sind, dem abgedroschenen Narrativ zu glauben, dass der "übliche Verdächtige" Russland für ihre Notlage verantwortlich ist.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Robert Bridge ist ein US-amerikanischer Schriftsteller und Journalist. Er ist Autor von: "[Midnight in the American Empire](#)", Wie Konzerne und ihre politischen Diener den amerikanischen Traum zerstören. Er twittert unter [@Robert_Bridge](#)

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.